



## MORNING NEWS 22. August 2025

| INDEX           | SCHLUSS    | VERÄNDERUNG<br>net | %     | VORTAG     | INDEX            | SCHLUSS   | VERÄNDERUNG<br>net | %     | VORTAG    |
|-----------------|------------|--------------------|-------|------------|------------------|-----------|--------------------|-------|-----------|
| DAX             | 24.293,34  | 16,37              | 0,07  | 24.276,97  | DJ 30            | 44.785,50 | -152,81            | -0,34 | 44.938,31 |
| MDAX            | 30.677,61  | -200,26            | -0,65 | 30.877,87  | NASDAQ           | 23.142,58 | -106,99            | -0,46 | 23.249,57 |
| TEC DAX         | 3.752,81   | -11,12             | -0,30 | 3.763,93   | Nikkei 225       | 42.541,91 | -68,26             | -0,16 | 42.610,17 |
| Euro Stoxx50    | 5.462,16   | -10,16             | -0,19 | 5.472,32   | Hang Seng        | 25.184,66 | 80,05              | 0,32  | 25.104,61 |
| Bund Future     | 129,10     | 0,05               | 0,04  | 129,05     | Euro / US-\$     | 1,1585    | -0,00              | -0,18 | 1,1606    |
| Gold in US-\$   | 3.328,34   | -10,37             | -0,31 | 3.338,71   | Öl (Brent) US-\$ | 67,66     | -0,01              | -0,01 | 67,67     |
| Bitcoin / US-\$ | 112.810,67 | 389,84             | 0,35  | 112.420,83 | Ethereum / US-\$ | 4.275,37  | 33,80              | 0,80  | 4.241,45  |

### Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

| INDEX         | INDIKATION | ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag) |
|---------------|------------|---|
| DAX           | 24.280     | -13   |
| NASDAQ Future | 23.210,75  | -9,00   |

| AKTIE    | PARITÄT € | VERÄNDERUNG<br>€ | %    | SCHLUSSKURS<br>XETRA in € | SCHLUSSKURS<br>NYSE in \$ | VOLUMEN<br>NYSE |
|----------|-----------|------------------|------|---------------------------|---------------------------|-----------------|
| SAP AG   | 232,38    | 0,23             | 0,00 | 232,15                    | 269,21                    | 1.593.761,00    |
| Nokia OJ | 3,66      | 0,04             | 0,01 | 3,62                      | 4,24                      | 14.912.274,00   |

### Unternehmenstermine

| UNTERNEHMEN             | RIC | ANLASS                                    | ZEIT | SCHÄTZUNG |
|-------------------------|-----|---|------|-----------|
| DAX / MDAX              |     | Heute keine wichtigen Unternehmenstermine |      |           |
| Europäische Unternehmen |     | Heute keine wichtigen Unternehmenstermine |      |           |

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

### Konjunkturtermine

| LAND | INDIKATOR             | MONAT | UHRZEIT | SCHÄTZUNG     |
|------|-----------------------|-------|---------|---------------|
| D    | BIP (q/q), sb, final  | Q2    | 08:00   | -0,1% (-0,1%) |
| D    | BIP (y/y), nsb, final | Q2    | 08:00   | 0,0% (0,0%)   |
| D    | BIP (y/y), WDA, final | Q2    | 08:00   | 0,4% (0,4%)   |
| D    | Privatkonsum (q/q)    | Q2    | 08:00   | 0,2% (0,5%)   |
| D    | Staatsausgaben (q/q)  | Q2    | 08:00   | 0,3% (-0,3%)  |

Quelle: Bloomberg

### Wall Street Schlussbericht

| VOLUMEN        | GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.) | US-STAATSANLEIHEN | VERÄNDERUNG | RENDITE (Yield) |
|----------------|-----------------------------|-------------------|-------------|-----------------|
| Volumen NYSE   | 0,83 (0,80)                 | 10-jährige Bonds  | -0,250      | 4,32%           |
| Volumen NASDAQ | 6,50 (7,80)                 | 30-jährige Bonds  | -0,281      | 4,92%           |

(/)=Vortag

In Erwartung weiterer Hinweise auf die Geldpolitik der Notenbank Fed haben Anleger US-Aktien am Donnerstag nur mit spitzen Fingern angefasst. Der Dow Jones verlor 0,3 Prozent auf 44.786 Punkte. Der technologielastige Nasdaq gab ebenfalls 0,3 Prozent auf 21.100 Zähler nach und der breit gefasste S&P 500 büßte 0,4 Prozent auf 6370 Stellen ein.

Das **Notenbanker-Treffen in Jackson Hole** im US-Bundesstaat Wyoming wäre eine gute Gelegenheit für die Fed, eine Zinssenkung anzudeuten, sagte Timothy Graf, Chef-Anlagestrategie des Vermögensberaters State Street. "Aber ich kann mir auch vorstellen, dass sie sagen: Wir kennen die vollständigen Auswirkungen der Zölle noch nicht, und der Inflationsdruck ist noch nicht ganz aus der Wirtschaft verschwunden, sodass wir etwas zurückhaltender sein sollten."

Anleger taxieren die Wahrscheinlichkeit eines Zinsschritts im September auf knapp 80 Prozent. Vergangene Woche hatte die Quote bei fast 100 Prozent gelegen.

Gleichzeitig schwelen die Spannungen zwischen US-Präsident Donald Trump und dem Fed-Chef Jerome Powell weiter. Ersterer drängt zu Zinssenkungen, während Letzterer auf die Unabhängigkeit der Notenbank verweist. Diese stellt der anhaltende Druck Trumps immer wieder infrage, zuletzt durch seine Rücktrittsforderung an eine Fed-Gouverneurin.

Daneben beobachteten Anleger weiterhin die Bemühungen um ein Ende der Kämpfe in der **Ukraine**. Allerdings schwanden die Hoffnungen auf eine rasche Einigung, da Russland seine Angriffe mit unverminderter Härte fortsetzte. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj forderte daher, den Druck auf den russischen Machthaber Wladimir Putin zu erhöhen.

Spekulationen auf weitere Sanktionen gegen Russland schoben den Ölpreis an. Zusätzlichen Rückenwind erhielt er durch einen überraschend deutlichen Rückgang der US-Lagerbestände. Die US-Sorte **WTI** verteuerte sich um 1,2 Prozent auf 63,45 Dollar je Barrel.

Durch die Fortsetzung der Kampfhandlungen fand die jüngste Talfahrt der Rüstungswerte ein vorläufiges Ende. Die Aktien von **Lockheed Martin** legten knapp 0,3 Prozent zu.

Die Titel von **Walmart** verloren dagegen 4,5 Prozent, obwohl der Einzelhändler sein Gewinnziel für das Gesamtjahr angehoben hat. Allerdings verfehlte er im zweiten Quartal mit einem Überschuss von 0,68 Dollar je Aktie erstmals seit drei Jahren die Markterwartungen.

Die Papiere von **Coty** stürzten um 21,6 Prozent ab. Der Kosmetikkonzern, der Produkte unter Markennamen wie "Joop!" oder "Jil Sander" anbietet, musste wegen einer schwächelnden Konsumlaune der Verbraucher einen Umsatzrückgang hinnehmen. Außerdem enttäuschte der Ausblick auf das laufende Quartal.

Bei den Technologiewerten, die in den vergangenen Tagen unter die Räder gekommen waren, ließ der Verkaufsdruck dagegen nach. Die Aktien des Softwarekonzerns **Microsoft** legten zeitweilig leicht zu, um dann 0,1 Prozent im Minus zu schließen. Andrew Almeida, Börsenexperte des Finanzplanungsnetzwerks XYPN, bezeichnete die vorangegangenen Verluste als Gewinnmitnahmen. Der Siegeszug Künstlicher Intelligenz (KI) sei noch lange nicht vorbei.

## US Unternehmen

Der Facebook-Mutterkonzern **Meta** hat einem Medienbericht zufolge einen milliardenschweren Cloud-Vertrag mit der Google-Mutter **Alphabet** geschlossen. Der Vertrag habe ein Volumen von mehr als zehn Milliarden Dollar, berichtete die Technologie-Publikation "*The Information*" unter Berufung auf zwei mit der Angelegenheit vertraute Personen. Im Rahmen der Vereinbarung werde Meta die Server, den Speicher, das Netzwerk und andere Dienste von Google Cloud nutzen. Die Nachrichtenagentur Reuters konnte den Bericht zunächst nicht überprüfen (Reuters).

Die **Personalchefin** von **OpenAI**, Julia Villagra, verlässt das Unternehmen an diesem Freitag. Dies teilte die auf Künstliche Intelligenz spezialisierte Firma am Donnerstag mit. OpenAI-Chef Sam Altman hatte Villagra erst im März auf den Posten befördert (Reuters).

## Marktmeldungen

**Ungarns Außenminister** Peter Szijjarto übt **scharfe Kritik** am **EU-Handelsabkommen mit den USA**. Dieses sei "großartig" für die USA, aber ein "Desaster für Europa", erklärt Szijjarto auf der Plattform X. Der US-Präsident habe die EU-Vertreter vorgeführt. Wörtlich schreibt Szijjarto: "Donald Trump hat das Brüsseler Team zum Frühstück verspeist". Nun würden US-Waren zollfrei eingeführt, während auf Exporte aus der EU ein Zoll von 15 Prozent erhoben werde. "Die EU-Kommission hat der europäischen Wirtschaft einen weiteren Schlag versetzt", so Szijjarto. "Wir müssen unsere (Wirtschaft) vor ihrer Inkompetenz schützen." (Reuters).



Das **US-Handelsministerium** hat eine **Untersuchung von Importen von Windkraftanlagen und deren Komponenten** eingeleitet. Grund sei eine mögliche Gefahr für die nationale Sicherheit, teilt das Ministerium mit. Die sogenannte "Section 232"-Untersuchung, die bereits am 13. August begann, aber erst jetzt bekannt wurde, könnte als Grundlage für noch höhere Zölle dienen (Reuters).

Die **EU-Außenbeauftragte** Kaja Kallas wirft dem **russischen Präsidenten** Wladimir Putin vor, bei den internationalen Friedensbemühungen nur auf Zeit zu spielen. "Er hat kein Interesse daran, sich an einen Tisch zu setzen. Hier geht es nur um Zeit", sagt Kallas in einem Podcast des *ZDF Heute Journals* laut redaktioneller Fassung. Die USA, Europa und die Ukraine wollten Frieden. "Was wir von der russischen Seite aber gesehen haben, ist, dass sie nur Spiele spielen und dass sie Hindernisse formulieren."

**Russlands Präsident** Wladimir Putin fordert Insidern zufolge von der **Ukraine** den **vollständigen Verzicht auf die östliche Donbass-Region** sowie eine **neutrale Haltung des Landes**. Zudem müsse die Regierung in Kiew auf eine **Nato-Mitgliedschaft verzichten** und es dürften **keine westlichen Truppen im Land** stationiert werden, meldete die Nachrichtenagentur *Reuters* unter Berufung auf drei mit den Überlegungen des Kreml vertraute Personen. Ihre Darstellung geht auf die Forderungen zurück, die Putin bei einem Treffen mit US-Präsident Donald Trump in Alaska unterbreitet habe. Eine Stellungnahme aus Kiew, der USA oder von der Nato lag zunächst nicht vor. Für die **Ukraine** dürfte jedoch der vollständige Verlust des Donbass nicht verhandelbar sein. **Präsident** Wolodymyr Selenskyj hatte wiederholt einen Rückzug von international anerkanntem ukrainischen Territorium ausgeschlossen. Ein Rückzug aus dem Osten sei keine Option, da es um das Überleben des Landes und die stärksten Verteidigungslinien gehe, hatte Selenskyj erklärt. Das Ziel einer Nato-Mitgliedschaft ist wiederum in der ukrainischen Verfassung verankert und gilt der Regierung in Kiew als verlässlichste Sicherheitsgarantie. Selenskyj hat erklärt, es stehe Russland nicht zu, über eine Mitgliedschaft in der Allianz zu entscheiden.

Die **Ukraine** muss sich nach den Worten ihres Präsidenten Wolodymyr Selenskyj aus dem **Dauerzustand der ständigen Verteidigung** gegen **russische Angriffe** lösen und **selbst aktiv zum Angriff übergehen**. "Dieser Krieg muss beendet werden, wir müssen Druck auf Russland ausüben", sagte Selenskyj in seiner abendlichen Videoansprache. Kremlchef Wladimir Putin verstehe "nichts außer Macht und Druck". Die ukrainische Armee werde Land und Volk weiter schützen. Doch US-Präsident Donald Trump habe völlig recht, dass dies nicht nur in der Verteidigung geschehen müsse, so der ukrainische Präsident. Trump hatte am Donnerstag auf seiner Plattform Truth Social geschrieben: "Es ist sehr schwer, wenn nicht unmöglich, einen Krieg zu gewinnen, ohne das Land des Invasors anzugreifen." (dpa/AFX).

Bei einem **ukrainischen Angriff** auf die von Russland besetzte Stadt **Jenakijewe** sind nach russischen Angaben zwei Menschen getötet worden. Zudem seien 21 verletzt worden, schreibt der von der Regierung in Moskau eingesetzte Gouverneur der Region Donezk, Denis Puschilin, auf Telegram. Der Angriff sei mit Raketen und Drohnen erfolgt. Eine ukrainische Stellungnahme liegt zunächst nicht vor (Reuters).

Die **Regierung von US-Präsident** Donald Trump erwägt Insidern zufolge, **eigentlich für die Chip-Branche vorgesehene Gelder** von mindestens zwei Milliarden Dollar für **Projekte im Bereich kritischer Mineralien** umzuwidmen. Dies sagten zwei mit den Überlegungen vertraute Personen der Nachrichtenagentur *Reuters*. Mit dem Schritt solle die Abhängigkeit der USA von China bei wichtigen Rohstoffen verringert und die staatliche Förderstrategie für den Sektor neu ausgerichtet werden. Konkret würden Mittel aus dem sogenannten CHIPS Act verwendet werden, die der Kongress bereits für die Halbleiterforschung und den Bau von Chipfabriken bewilligt hat.

Das **US-Justizministerium** will einem Medienbericht zufolge **Ermittlungen gegen Fed-Gouverneurin Lisa Cook** einleiten. Ein Ministeriumsvertreter habe Fed-Chef Jerome Powell über die geplante Untersuchung informiert, berichtete *Bloomberg News*. Bei dem Ministeriumsvertreter handelt es sich demnach um Ed Martin, der bereits ähnliche Ermittlungen gegen den kalifornischen Senator Adam Schiff und die New Yorker Generalstaatsanwältin Letitia James geleitet hat. Martin habe Powell in einem Brief ermutigt, Cook von ihren Aufgaben bei der Fed zu entbinden. "Machen Sie

es heute, bevor es zu spät ist!" Kein Amerikaner finde es angemessen, dass Cook angesichts der Vorwürfe im Amt bleibe, so Martin laut Bloomberg.

Ein **Berufungsgericht** des US-Bundesstaates New York hat eine **Geldstrafe** von fast einer halben Milliarde Dollar gegen Präsident **Donald Trump** gekippt, den **zugrundeliegenden Betrugsvorwurf jedoch bestätigt**. Die Entscheidung des fünfköpfigen Gremiums in Manhattan vom Donnerstag ist eine Niederlage für die New Yorker Generalstaatsanwältin Letitia James. Sie hatte die Zivilklage wegen Betrugs im Jahr 2022 gegen Trump und sein Familienunternehmen eingereicht. Trump sprach in einer ersten Reaktion auf seinem Kurznachrichtendienst Truth Social von einem "totalen Sieg". James kündigte an, das höchste Gericht des Bundesstaates anrufen zu wollen. Mit dem neuen Urteil habe ein weiteres Gericht befunden, "dass der Präsident das Gesetz gebrochen hat" (Reuters).

Das **kalifornische Parlament** hat am Donnerstag einen Plan zur **Neuordnung der Wahlkreise** gebilligt, der den Demokraten fünf zusätzliche Sitze im US-Kongress verschaffen soll. Damit reagieren sie auf eine ähnliche Neuordnung der Wahlkreise im Bundesstaat Texas, die US-Präsident Donald Trump angestoßen hat. Damit sollen bei den Kongresswahlen im kommenden Jahr fünf bisher von den Demokraten gehaltene Sitze an die Republikaner gehen. Die kalifornischen Demokraten brachten nun im Gegenzug drei Gesetzesvorlagen in einem Eilverfahren durch den Senat und die Abgeordnetenversammlung des Bundesstaates. Damit soll eine Frist am Freitag eingehalten werden, um die neu zugeschnittenen Bezirke rechtzeitig für eine Sonderabstimmung am 4. November auf die Stimmzettel zu bekommen (Reuters).

**Israel** will nach eigenen Angaben umgehend **Verhandlungen über die Freilassung aller Geiseln** und ein **Ende des Krieges** aufnehmen. Dies solle zu für Israel annehmbaren Bedingungen geschehen, sagt Ministerpräsident Benjamin Netanjahu bei einem Truppenbesuch. Er habe entsprechende Anweisungen erteilt. Gleichzeitig würden **Pläne zur Einnahme von Gaza-Stadt** und zur **Zerschlagung der Hamas** gebilligt. Eine Reaktion der radikal-islamischen Palästinenser-Gruppe liegt zunächst nicht vor. Sie hatte einem Vorschlag für eine 60-tägige Waffenruhe und einen Austausch von einem Teil der Geiseln zugestimmt, auf den Israel jedoch noch nicht offiziell reagiert hat (Reuters).

**Großbritannien** bestellt den **israelischen Botschafter** in London ein. Anlass ist die Genehmigung eines umstrittenen Siedlungsplans für ein Gebiet, das die Palästinenser für einen eigenen Staat beanspruchen. Großbritannien bezeichnet das als E1 bekannte Projekt im israelisch besetzten Westjordanland als "eklatanten" Bruch des Völkerrechts, das die Zwei-Staaten-Lösung untergrabe (Reuters).

Der **russische Präsident** Wladimir Putin und **UN-Generalsekretär** Antonio Guterres werden an dem kommenden **Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit** (SOZ) in der chinesischen Stadt Tianjin teilnehmen. Dies teilte der stellvertretende chinesische Außenminister Liu Bin am Freitag in Peking mit. Zu dem Treffen vom 31. August bis zum 1. September würden insgesamt mehr als 20 Staats- und Regierungschefs sowie über zehn führende Vertreter internationaler Organisationen erwartet (Reuters).

Die **japanische Kerninflation** hat sich im Juli den zweiten Monat in Folge abgeschwächt, bleibt aber über dem Ziel der Notenbank. Der Markt rechnet damit weiterhin mit einer Zinserhöhung in den kommenden Monaten. Der landesweite Kern-Verbraucherpreisindex, der die Preise für frische Lebensmittel ausklammert, stieg im Juli im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 Prozent, wie aus am Freitag veröffentlichten Regierungsdaten hervorging. Analysten hatten mit einem Anstieg von 3,0 Prozent gerechnet. Im Juni hatte die Rate noch bei 3,3 Prozent gelegen. Die Bank von Japan (BOJ) hatte im vergangenen Jahr ein jahrzehntelanges, massives Konjunkturprogramm beendet und im Januar die kurzfristigen Zinssätze auf 0,5 Prozent angehoben (Reuters).



STEU BING AG  
WERTPAPIERHANDELSBANK



## FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

[privatemarkets.faros-consulting.de](http://privatemarkets.faros-consulting.de)

### Kontakt

Steubing AG  
Goethestraße 29  
60313 Frankfurt a. M.  
T +49 69 29716 0  
F +49 69 29716 111  
[info@steubing.com](mailto:info@steubing.com)  
[www.steubing.com](http://www.steubing.com)

### Morning News

Alexander Dietzer  
T +49 69 29716 149  
[alexander.dietzer@steubing.com](mailto:alexander.dietzer@steubing.com)

### Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn  
T +49 69 29716 131  
[michael.heidn@steubing.com](mailto:michael.heidn@steubing.com)

Wolfgang Schroth  
T +49 69 29716 144  
[wolfgang.schroth@steubing.com](mailto:wolfgang.schroth@steubing.com)

### Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© Steubing AG. Alle Rechte vorbehalten.

### Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)  
Graurheindorferstraße 108  
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28  
D-60439 Frankfurt

